

**„Wie schaffen wir eine moderne Investmentkultur
zwischen Regulierung, Digitalisierung
und Transformation?“**

Dr. Henning Bergmann
Geschäftsführender Vorstand des DDV

Es gilt das gesprochene Wort

Deutscher Derivate Tag
13. September 2021, Frankfurt am Main

Ich freue mich, dass Sie heute zu unserem Derivate Tag nach Frankfurt gekommen sind. Es ist gut, Sie hier gesund zu sehen. Und ich freue mich über Sie, die am Monitor den Deutschen Derivate Tag verfolgen – nur räumlich getrennt. Ein herzliches Willkommen Ihnen allen – auch im Namen des gesamten DDV-Vorstands und meines Kollegen Lars Brandau.

Achtzehn Monate nach dem ersten Lockdown ist Social Distancing in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen weiterhin die Regel. Wir müssen offenbar akzeptieren, dass uns diese Pandemie länger beschäftigen wird als gedacht. Tatsächlich stellen uns Corona und die Folgen vor große Herausforderungen. Und noch ist eine neue Normalität nicht absehbar. Ein Virus – das ist eine Lehre der Pandemie – kann sich in der modernen Welt blitzschnell verbreiten. Manch einer hat wegen des Ausbruchs von Corona das Ende der Globalisierung ausgerufen. Das Gegenteil ist der Fall. Gemeinsames Handeln über Staatsgrenzen hinweg trug im Kampf gegen das Virus zum Erfolg bei. Es ist wünschenswert, dass wir das nicht so schnell vergessen. Denn die großen Herausforderungen bestehen weiter. In vielen Bereichen. Weltweit.

Wir wollen heute aktuelle Finanzmarktthemen und Entwicklungen rund um strukturierte Wertpapiere diskutieren. Damit sprechen wir fast automatisch über das, was Politik und Wirtschaft bewegt: Regulierung und Aufsicht, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Bei allen Überlegungen müssen wir die Anlegerinnen und Anleger im Zentrum sehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, gute Rahmenbedingungen zu schaffen – für all diejenigen, die finanziell vorsorgen wollen und müssen.

1. Investmentkultur verbessern

Als DDV sind wir überzeugt, dass wir in Deutschland eine moderne und robuste Investmentkultur brauchen. Die Deutschen halten sich derzeit mit dem Konsum zurück. Die Sparquote in Deutschland ist im ersten Quartal dieses Jahres sogar auf rekordverdächtige 23,2 Prozent gestiegen. Auf Jahressicht wird sie wohl deutlich über 13 Prozent liegen. Das ist natürlich in großen Teilen Corona geschuldet, die Quote wird künftig wieder etwas sinken. Dennoch stehen die Deutschen vor der Frage: Wohin mit dem Ersparten? Banken und Sparkassen müssen dazu übergehen, für Sparguthaben Negativzinsen zu verlangen, eine Folge der EZB-Zinspolitik. Immer mehr Anlegerinnen und Anleger reagieren darauf mit steigenden Wertpapierinvestments. Alle Datenreihen zeigen nach oben: Die DekaBank ermittelte jüngst, dass mittlerweile jeder vierte mit Wertpapieren vorsorgt – mit Aktien, Fonds, ETFs und strukturierten Wertpapieren. Letztes Jahr war es jeder fünfte; 2019 waren es noch 17 Prozent. Laut Berechnungen der DZ BANK wurden im vergangenen Jahr mehr als 40 Mrd. Euro neu in Aktien investiert – dreimal so viel wie im Durchschnitt früherer Jahre. Die Bundesbank zählt mittlerweile über 25 Millionen Wertpapierdepots von Privatpersonen. Das ist ein Anstieg von gut drei Millionen gegenüber dem Tiefstand vor fünf Jahren. Aber: 2007 hatten wir knapp 30 Millionen Depots – damals lag die Rendite von zehnjährigen Bundesanleihen bei über 4 Prozent, heute sind es -0,4 Prozent.

Das heißt: Das Interesse an Wertpapierinvestments steigt. Immer mehr Menschen erkennen die Chancen von Anlagen am Kapitalmarkt für ihre private Vermögensbildung und Vermögensoptimierung. Aber es gibt auch jede Menge Potenzial! Gut 7,1 Billionen Euro beträgt das Geldvermögen der Privathaushalte hierzulande, Ende 2022 könnten es 8 Billionen werden. Knapp ein Drittel davon sind Sichteinlagen und Bargeld, also niedrig oder gar nicht verzinst.

Anlegerinnen und Anleger fahren hier mit angezogener Handbremse. Damit sie die Handbremse lösen und zukünftig mehr Geld an den Kapitalmärkten investieren, ist auch die Politik gefragt. Kurz vor den

Bundestagswahlen erinnern wir gern daran, dass es dazu auch ein passendes nationales Steuerrecht geben sollte. Das ist ein ganz entscheidender Aspekt für Anleger! Konkret heißt das: Erstens: Keine zusätzliche Besteuerung von Kapitalerträgen und Transaktionen über das bisherige Niveau hinaus, sondern einfach zu handhabende Regeln. Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab, denn sie erschwert die Altersvorsorge. Zweitens: Wo Gewinne in unbegrenzter Höhe versteuert werden, müssen auch Verluste in unbegrenzter Höhe geltend gemacht werden können. Sie alle wissen, wie intensiv wir diese Fragestellung bei der steuerlichen Verlustverrechnung von Termingeschäften mit Politik und Verwaltung auf allen Ebenen diskutiert haben. Mit dem Anwendungsschreiben des BMF aus dem Juni wurde eine wichtige Klarstellung für Optionsscheine erreicht. Aber unsere Forderung bleibt: Steuerliche Asymmetrien gilt es zu beseitigen. Mit der nächsten Bundesregierung werden wir in jedem Fall über die Fälle der Wertlosigkeit sprechen, denn auch hier halten wir eine unbegrenzte Anrechnung von Verlusten – spiegelbildlich zur unbegrenzten Besteuerung der Gewinne – für sachgerecht. Drittens fordern wir die längst überfällige Anhebung des Sparerfreibetrags von derzeit 801 Euro bei Ledigen. Bei seiner Einführung lag der Sparerfreibetrag noch bei umgerechnet 3.000 Euro. Auf dieses Niveau sollte er auch wieder angehoben werden.

Mittlerweile gibt es immer mehr Menschen, die über neue digitale Wege und Angebote ihr Geld in Wertpapiere lenken. Darunter sind viele junge Anlegerinnen und Anleger, die sich für den Kapitalmarkt interessieren: Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung! Das sollten wir auch einmal positiv so festhalten und nicht sofort Bedenken vortragen! Wir müssen ja nicht auf kritische Fragen verzichten: Verstehen die Anleger die Risiken richtig? Woher beziehen sie ihre Informationen? Wir – und die Aufsicht – sollten das sicher beobachten. Aber aufsichtliche Maßnahmen sollten, wenn überhaupt, erst nach sorgfältiger Analyse ergriffen werden. In jedem Fall benötigen diese neuen Anleger – aber nicht nur sie – eine fundierte Finanzbildung und Investmentkenntnisse. Dazu gehört auch das Wissen über strukturierte Wertpapiere. Sie sind für ganz unterschiedliche Marktphasen geeignet und bieten maßgeschneiderte Angebote, vom Basisinvestment mit Kapitalschutz bis hin zu Absicherungen von Depots mit Hebelprodukten. Denn nicht jeder Anleger kann ein volles Aktienrisiko tragen. Als Verband haben wir ein Bildungsangebot, das frei von Anbieterwerbung ist. Das ist uns mit Blick auf alle Altersgruppen und auf alle Bildungsklassen wichtig: Anlegerinnen und Anleger sollen gut und neutral informiert ihre Entscheidungen treffen können.

Aber, und das ist der Wermutstropfen, die vertreibenden Häuser brauchen dafür auch die Möglichkeit, angemessen und kundenfreundlich zu beraten. Kreditinstitute, Kundinnen und Kunden klagen gleichermaßen über die gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten. Zu kompliziert, zu wenig transparent, zu bürokratisch. Oft genug bleiben zum Beispiel die Basisinformationsblätter ungelesen. Besonders kritisch sehen wir, dass je nach Grundlage Kosten unterschiedlich erfasst und ausgewiesen werden. Hier gibt es aus unserer Sicht Handlungsbedarf. Gerade die vorgeschriebenen Produktinformationen sollten für vergleichbare Produkte vor allem gut verständlich und nutzerfreundlich sein. Dabei müssen aber nicht notwendigerweise alle Produkte vergleichbar gemacht werden. Wir brauchen vor allem in sich schlüssige Rechtsgrundlagen, die aufeinander abgestimmt und effizient sind. Die Vielzahl an juristischen Grundlagen sollte konsolidiert werden und neben Anlegerschutz Gesichtspunkten auch die Förderung von Investitionen in den Kapitalmarkt im Auge behalten. Und insgesamt sollten wir auch hier die Balance halten: Vielfach werden – gerade auf der EU-Ebene – sehr paternalistische Ansätze propagiert.

Da hat es mich sehr erfreut, gerade letzte Woche von prominenter Seite aus dem Europäischen Parlament den Satz zu hören: „Privatanleger sollten nicht wie Kinder behandelt werden!“

2. Leistungsfähige europäische Finanzmärkte

Ich denke, wir müssen auch eine weitere Diskussion führen und uns fragen: Wie sichern wir im internationalen Wettbewerb unsere Position? Die Frage der Attraktivität des Finanzstandorts Deutschland wird maßgeblich in Europa bestimmt und hängt von der Attraktivität und Leistungsstärke des Europäischen Finanzmarktes ab. Die Europäische Union und damit auch Deutschland konkurrieren mit anderen starken Finanzmärkten in der Welt. Seit dem Brexit ist Großbritannien nicht länger ein starker Mitspieler in Europa, sondern ein nicht zu unterschätzender Konkurrent. Darauf müssen wir gemeinsam reagieren und alles tun, um unsere nationalen Finanzmärkte zu stärken. Denn gerade Deutschland profitiert von der Einbettung in einen wettbewerbsfähigen europäischen Rahmen.

Unsere Volkswirtschaft ist mit 82 Millionen Bundesbürgern und 38 Millionen Beschäftigten, 3,3 Millionen mittelständischen Betrieben und einer Vielzahl an börsennotierten Unternehmen das Schwergewicht in Europa. Und seien wir ehrlich: Diese Stärke kann ganz schnell zur Achillesferse werden, wenn das Umfeld nicht mehr stimmt. Denn als einer der großen Player spüren wir es in Deutschland ganz unmittelbar, wenn sich Rahmenbedingungen verschlechtern. Dagegen hilft ein stabiles Umfeld dem Standort Deutschland. Im Wettbewerb mit anderen Finanzzentren in der Welt können der europäische und damit auch der deutsche Finanzmarkt punkten: durch effizienten Informations- und Datenaustausch und durch ein hohes Maß an Standardisierung in der Zusammenarbeit der Marktteilnehmer.

Ein europäisches Finanzmarktsystem, das den Wettbewerb und dessen Attraktivität aus regulatorischer Sicht stärkt, würde internationale Kapitalströme anziehen und damit auch ein Ziel der EU-Kapitalmarktunion befördern. Das mag für viele wie ein Paradigmenwechsel klingen. Und ich gebe zu, es ist ein sehr mutiger Schritt. Aber wir sollten hier dringend umdenken. Genau deshalb plädieren wir nachdrücklich dafür, das Mandat der europäischen Aufsichtsbehörden auszuweiten! Neben Finanzmarktstabilität sollen sich die Behörden auch für die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität der Finanzmärkte verantwortlich fühlen. Deshalb sollten die Mandate der nationalen Behörden, die für Bankenregulatorik und Aufsicht zuständig sind, ausgeweitet werden. Bei uns wurde dieser wichtige Punkt bisher wenig beachtet. London hingegen sieht das sehr klar als Wettbewerbsaspekt. Diese Woche verkündete der zuständige britische Minister, dass Großbritannien den Weg detaillierter Regulierungsvorschriften nach EU-Art zukünftig nicht mehr verfolgen wird. Vielmehr soll flexibler und im Interesse der Finanzindustrie reguliert werden. Im Interesse der Finanzindustrie! Das ist eine Ansage! Und für uns Vorbild: Denn die Ausweitung des Mandats der Aufsichtsbehörden ist kein „nice to have“, sondern bitter nötig im Wettbewerb mit den anderen Märkten. Denn in den USA und wohl bald auch in Großbritannien verfügen die Aufsichtsbehörden über entsprechende Mandate.

Wir haben in Europa ein gemeinsames Ziel: Es heißt eine wettbewerbsfähige Kapitalmarktunion. Und dieses Ziel können wir erreichen mit einem Finanzsystem, das die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des europäischen Finanzmarktes konsequent fördert! Denn Europa kann jetzt ein wichtiges Zeichen setzen: Mit einer Regulierung und Aufsicht, die zuallererst Verbündete starker und effizienter Finanzmärkte in der EU sind.

3. Finanzmarktaufsicht verbessern

Die Finanzmarktregulierung hat unsere Branche in den vergangenen Jahren sicherlich am meisten beschäftigt. Wir alle wissen, dass hier nicht alles optimal gelaufen ist. Die schiere Masse an neuen Gesetzen und Verordnungen in Europa hat die Finanzbranche überrollt. Nehmen Sie das Beispiel Aufsicht:

Das Europäische System der Finanzaufsicht (ESFS – European System of Financial Supervision) wurde erst vor zehn Jahren gegründet. Das Ziel: einen einheitlichen europäischen Finanzmarkt zu schaffen. Dazu gibt es auf EU-Ebene neben der EZB gleich drei Behörden, die sich um die Finanzaufsicht kümmern: Es sind die EBA (European Banking Authority), die EIOPA (European Insurance and Occupational Pension Authority) und die ESMA (European Securities and Markets Authority). Und daneben haben wir weiterhin die Aufsichtsbehörden aus den 27 EU-Staaten. In der Zusammenarbeit ruckelt es manchmal noch etwas.

Das hat auch die EU-Kommission erkannt. Sie hat in diesem Jahr eine breit angelegte Konsultation zur Angleichung der EU-Finanzaufsicht und Schaffung eines einheitlichen Regelwerks durchgeführt. Noch fehlt es hier leider an Einheitlichkeit. Darunter leiden alle europäischen Finanzmarkt-Teilnehmer. Quälend ist zum einen die unglaubliche Anzahl von neuen Normen, die in den letzten zehn Jahren geschaffen wurde – und umgesetzt werden musste. Denn Umsetzung heißt heute immer auch: neue Computerprogramme, Investitionen in immer größere und leistungsfähigere Netzwerke und Speicher, unzählige Schulungen für den Vertrieb und unglaublich viel Papier. Dabei waren viele regulatorische Ideen der letzten Jahre durchaus sinnvoll und zielführend. So gab es auf Level I in vielen Rechtssetzungsverfahren richtige Ansätze, um den Verbraucherschutz zu stärken und das Finanzsystem besser aufzustellen. Die Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die PRIIPs-Verordnung sind gute Beispiele. Doch dann folgte Level II und damit eine teils ausufernde Detailregelung. Und am Ende stand eine Norm, die im schlimmsten Fall das Gegenteil von dem bewirkte, was ursprünglich beabsichtigt war. All das verschlingt Ressourcen und widerspricht an manchen Stellen auch dem Anlegerschutzgedanken. Allein die Umsetzungskosten von MiFID II und der PRIIPs-Verordnung liegen Schätzungen zufolge bei rund 6 Milliarden. Euro – nur in Deutschland. Mit der Retail Investment Strategie, die die EU-Kommission gerade konsultiert hat, besteht jetzt die Chance, aus den Erfahrungen zu lernen und die Regulierung passgenauer zu machen. Allerdings stellt das unsere Branche auch vor erhebliche Herausforderungen. Wir haben uns in den letzten Jahren – erfolgreich – dieser Regulierung gestellt. Und uns auch angepasst. Das werden wir auch in Zukunft tun müssen. Es gibt zu diesem Thema wohl keinen Berufeneren als Tilman Luder von der EU-Kommission. Er wird uns nachher erläutern, mit welchen Impulsen der EU-Finanzmarkt attraktiver und wettbewerbsfähiger werden kann.

Mit der Konsultation zur Angleichung der EU-Finanzaufsicht und Schaffung eines einheitlichen Regelwerks ist ein erster Schritt gemacht. Es ist gut, dass sich die Finanzaufsicht weiterentwickelt. Und wir begrüßen innerhalb der EU ein Mehr sinnvoller Konvergenz – ohne jedoch ein Mehr an Regulierung. Denn es wäre für alle Marktteilnehmer wünschenswert, wenn sich die drei EU-Aufsichtsbehörden besser abstimmen und enger zusammenarbeiten würden. Man muss dabei nicht gleich an eine komplette Zusammenlegung denken. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn sich die Behörden Schritt für Schritt annäherten und enger zusammenarbeiten. Das könnte erstens durch eine Aufwertung des gemeinsamen Ausschusses geschehen – durch gemeinsame Datenbanken, einheitliche Verfahren und gemeinsames Erheben von Daten. Das sind nur einige Beispiele. Doch schon mit diesen Maßnahmen wäre für die Finanzbranche viel erreicht.

Und wenn sich die ESAs, so das Kürzel für die drei EU-Aufsichtsbehörden, besser koordinieren, gibt es idealerweise zweitens weniger Unterschiede in der Aufsichtspraxis der nationalen Aufsichtsbehörden. Drittens sollte die Finanzindustrie stärker eingebunden werden. Zum Beispiel durch aktiven Input zu den „Questions and Answers“. Das sind Leitlinien, die die Aufsichtspraxis konkretisieren. Damit sollen gemeinsame Aufsichtsansätze und -praktiken innerhalb der EU-Mitgliedstaaten gefördert werden.

Praktisch sind diese Q & As der ESMA von sehr hoher Bedeutung: Sie regeln im Detail wichtige Fragen. Rechtlich sind sie nicht verbindlich. Wenn aber in Deutschland der Prüfer Abweichungen berichten muss,

dann sind sie faktisch bindend. Es ist eine gute Praxis der deutschen Aufsicht, ihre Verlautbarungen zu konsultieren. Das sollte auch für die EU-Behörden gelten. Denn es führt zu besseren Ergebnissen. Wir brauchen für die Finanzbranche in Europa ein fest umrissenes Spielfeld und einheitliche, klare Regeln. Das stärkt den Wettbewerb und macht ihn effektiv und berechenbar – auch im internationalen Vergleich. Europa hat die Chance, der Finanzwirtschaft leistungsstarke und wettbewerbsfähige Bedingungen zu bieten. Diese Chance sollten wir nutzen! Und das besser heute als morgen.

4. Nachhaltige Wertpapieranlagen voranbringen

Zu den großen Aufgaben unserer Zeit gehört die Wende hin zu mehr Nachhaltigkeit aus Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Auch damit werden wir uns heute auseinandersetzen. Und es ist – selbstverständlich – ein wichtiges Thema im deutschen Wahlkampf. Nikolaus Blome präsentiert uns später eine Rückschau der Ära Merkel und richtet den Blick nach vorn. Freuen Sie sich auf kritische Urteile und inspirierende Anregungen, was wir in der Zukunft besser machen können und sollten. Mit „Sustainable Finance“ hat die grüne Ökonomie endgültig einen Platz auf den Finanzmärkten erobert. Sie spiegelt damit die Forderungen vieler gesellschaftlicher Gruppen wider, die sich mehr Nachhaltigkeit in allen Bereichen des privaten Lebens und der Wirtschaft wünschen. Die Diskussion um den Klimawandel hat diesen Trend noch verstärkt. Mit neuen Gesetzesvorhaben wollen die europäischen Länder unter anderem einen Wandel hin zu weniger CO₂-Emissionen fördern. Diese Transformation zu einer klimaschonenden Gesellschaft kostet Geld. Vor allem die Wirtschaft wird viel investieren müssen. Und dazu braucht sie einen starken Partner: eine leistungsstarke Finanzwirtschaft.

Was die Investitionen auf der einen, sind die Geldanlagen auf der anderen Seite. Nachhaltigkeit wird künftig bei Anlageentscheidungen eine immer größere Rolle spielen. Gefragt wird dann nicht länger nur nach Laufzeit, Risiko und Rendite, sondern eben auch danach, wie klimafreundlich oder umweltschonend ein Produkt ist. Ab Mitte 2022 ist Nachhaltigkeit Teil des Beratungsgesprächs. Anlegerinnen und Anleger müssen ganz gezielt gefragt werden, ob sie bei ihrer Anlage Wert auf Nachhaltigkeit legen. Als DDV sind wir gut vorbereitet: Gemeinsam mit unseren Mitgliedern haben wir den DDV Nachhaltigkeits-Kodex entwickelt. Wichtig ist: Strukturierte Wertpapiere bieten eine große Vielfalt mit sehr unterschiedlichen Ausprägungen an Nachhaltigkeit. Unser Kodex standardisiert dies und macht es transparent – und damit für die Anlegerin und den Anleger den Anleger und die Anlegerin nachvollziehbar. Künftig wird es für die unterschiedlichsten Nachhaltigkeits-strategien passende nachhaltige strukturierte Wertpapiere geben. Dazu gehören auch „dunkelgrüne“ strukturierte Wertpapiere. Am Ende sind es aber die Anlegerin und der Anleger, die entscheiden, wie nachhaltig ihre Investition sein soll.

Wir haben großen Respekt vor den politischen Zielen, die Europa vorgegeben hat. Unternehmen müssen in Zukunft belegen, wie nachhaltig sie sind. Das stellt sie vor eine große Herausforderung. Konkret sollen die Unternehmen mit Daten und Fakten deutlich machen, wie es in ihrem Betrieb um Ökologie, Soziales und Unternehmensführung bestellt ist. Anhand dieser Angaben wird künftig die Finanzwirtschaft darlegen, wie es um die Nachhaltigkeit steht. Das alles kann nicht funktionieren, wenn wir nur deutsch, nur europäisch denken. Wir müssen auch auf die andere Seite des Atlantiks schauen. Und dürfen den großen Elefanten im Raum, China, nicht länger übersehen. Um Nachhaltigkeit auch über Ländergrenzen hinweg zu messen und zu beurteilen, brauchen wir internationale Standards. Diese müssen möglichst leicht anzuwenden sein, damit sie akzeptiert werden.

Bei Finanzprodukten ist es zudem unerlässlich, alle verfügbaren Anlagemöglichkeiten in den Blick zu nehmen. Insofern muss die Regulierung auch weitergehen und weitere Produktgruppen – wie strukturierte Wertpapiere – adäquat erfassen. Es darf keine regulatorische Bevorzugung oder Benachteiligung von bestimmten Produktgruppen geben. Anlegerinnen und Anleger wollen selbst – auf informierter Basis – entscheiden. Und dafür müssen sie die Möglichkeit haben, unter allen verfügbaren wettbewerbsfähigen Anlagelösungen zu wählen.

5. Digitalisierung

Wir werden heute noch intensiv über die Digitalisierung diskutieren. Auf einem hohen Niveau, denn in unserer Branche ist die Nutzung von digitalen Systemen und Prozessen weit fortgeschritten. Doch was bei uns selbstverständlich ist, gilt längst nicht für alle anderen. Viele Behörden, Ministerien oder auch manche Finanzinstitute stehen noch am Anfang der Digitalisierung. Es ist in Deutschland vielerorts schon möglich, per Internet einen neuen Wohnsitz oder ein Auto anzumelden. Viele Anträge, zum Beispiel für Bauvorhaben, müssen aber noch immer auf Papier und somit per Post gestellt werden. Vor diesem Hintergrund gleicht es einem Wunder, dass es seit dem 10. Juni möglich ist, Wertpapiere vollständig in die digitale Welt zu übertragen. Die bislang erforderliche Wertpapierurkunde wurde durch eine mögliche Eintragung in ein elektronisches Wertpapierregister ergänzt. Damit wird die Digitalisierung des deutschen Kapitalmarktes enorm vorangetrieben und das geltende Wertpapierrecht grundlegend modernisiert. Das macht Deutschland in Europa zum Trendsetter. Und schon heute ist erkennbar, wie neue Technologien das Wertpapiergeschäft transformieren werden. Ein Megathema, Krypto Assets, werden wir heute Nachmittag diskutieren. Freuen Sie sich auf eine hochkarätig besetzte Runde!

Doch Digitalisierung hat in vielen Bereichen das Potenzial für tiefgreifende Veränderungen: Es spricht technisch nichts dagegen, Information für Anlegerinnen und Anleger konsequent digital zur Verfügung zu stellen. Produktpaletten können rascher adaptiert und Transaktionen noch schneller abgewickelt werden. Dadurch können auch Kosten gesenkt werden. Ganz neue Methoden Geld anzulegen sind denkbar und digital umsetzbar. Unser Verband sieht in der Digitalisierung vor allem neue Möglichkeiten für die gesamte Branche. Gut gemacht bieten sie die Chance, den europäischen Kapitalmarkt und den Finanzstandort Deutschland wettbewerbsfähiger zu gestalten. Ob und wie schnell die Digitalisierung der Finanzmärkte passieren wird, ist nicht zuletzt eine Frage von Technik: Wir brauchen sichere und zuverlässige Systeme, die vor Angriffen von außen geschützt sind. Verbraucherbildung darf sich dann aber nicht allein auf Finanzwissen und Produktkenntnisse beschränken. Auch technische und mediale Kompetenzen gehören dazu.

Letzteres betrifft mit Sicherheit nicht alleine die Finanzbranche. In allen Lebensbereichen lernen die Bürgerinnen und Bürger mit neuer Technik umzugehen. Und ein kritisch-kompetenter Umgang mit Beiträgen und Diskussionen in sozialen Netzwerken ist nicht nur beim Umgang mit Geld wünschenswert. Wir können uns als Finanzbranche hier aber auch nicht ausnehmen. Aus diesem Grund verweisen wir immer wieder auf unsere Bildungsangebote.

6. Ausblick und Schluss

In knapp zwei Wochen wählen die Deutschen ihr neues Parlament. Wir wissen nicht, wie sich der 20. Deutsche Bundestag zusammensetzen wird. Doch wir wissen, dass die künftige Regierung viel zu tun

haben wird. Klimawandel und digitale Transformation wollen gestaltet werden. National stehen wir unter anderem vor der großen Aufgabe, unser Rentensystem zukunftsfest zu machen. Gerade wenn es um so wichtige Themen wie die Vermögensbildung oder die Altersvorsorge geht, ist neben staatlichem Engagement auch private Initiative gefragt. Ich freue mich daher sehr, dass wir den ehemaligen Bundestagsabgeordneten und nach wie vor engagierten CDU-Politiker Wolfgang Bosbach gewinnen konnten, uns heute seinen Blick auf die anstehenden Herausforderungen im Bund darzulegen.

Als politischer Interessenverband vertreten wir die führenden Anbieter strukturierter Wertpapiere in Deutschland. Unsere Positionen zur Bundestagswahl 2021 habe ich Ihnen in den Grundzügen vorgestellt. Wir haben sie auch in einem Papier zusammengestellt, das Sie gerne am Ausgang mitnehmen können. Ganz besonders am Herzen liegt uns eine moderne Investmentkultur in Deutschland. Denn es gibt noch viele ungenutzte Chancen für die Sparerinnen und Sparer hierzulande. Und wir werden nicht nachlassen, für eine immer weiter optimierte Aufsichtsstruktur in der EU einzutreten und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen und EU-Kapitalmarktes im Auge haben. Wir wissen, dass wir hier dicke Bretter bohren müssen. Dazu werden wir viele Gespräche mit unseren Partnern in anderen Ländern, mit den zuständigen Behörden und mit der Politik auf allen Ebenen führen müssen. Ich kann Ihnen versprechen, dass der DDV sich für diese Forderungen stark machen wird – in Berlin, Frankfurt, Paris und Brüssel. Für Sie, unsere Mitglieder, für den Finanzplatz Deutschland und einen starken europäischen Finanzmarkt!

Vielen Dank!